

2.3 Löhne, Gehälter und Renten im Osten noch in diesem Jahrzehnt an West angleichen

Antragsteller: Landesverband Berlin

5

Der Hauptvorstand wird beauftragt, noch im laufenden Kalenderjahr einen Maßnahmenplan zur vollständigen Umsetzung des Beschlusses „Löhne, Gehälter und Renten im Osten noch in diesem Jahrzehnt an West angleichen“ vom letzten Gewerkschaftstag in Lübeck sowie zur Realisierung des Beschlusses des GEW-Hauptvorstandes vom 6. März 2004 zur „Alterssicherung“ zu erstellen. Die Einheit von Beschlussfassung, - umsetzung und -kontrolle ist zu sichern. Der Bundesse- niorenausschuss und die Landesseniorenaus- schüsse werden über Fortschritte der Umsetzung des Maßnahmenplanes infor- miert.

Begründung:

25

Zum einen ist die Angleichung der materiel- len Lebensbedingungen zwischen den neuen und alten Bundesländern ein vorrangiges politisches Ziel auf dem Wege zur Einheit Deutschlands. Dazu gehört auch die Anglei- chung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert West. Die hierzu herr- schende Perspektivlosigkeit im 15. Jahr der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht länger hinnehmbar. Auch unter dem Aspekt, dass die Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse in Ost und West im Wesentlichen bis 1996 abgeschlos- sen sein sollte.

40

Zum anderen geht es darum, in den alten und neuen Bundesländern für alle Bürger, auch für die Rentner und Pensionäre, ein men- schenwürdiges Leben im Alter zu sichern und den ständig steigenden finanziellen Belastun- gen der Rentner, Pensionäre sowie aller ab- hängig Beschäftigten Einhalt zu gebieten. Es sei daran erinnert, dass die ältere Generation bereits seit mehreren Jahren Kürzungen ihrer Altersbezüge hinnehmen muss, die jährlichen Anpassungen der gesetzlichen Rente in den letzten Jahren nicht einmal die Inflationsrate ausgleichen und die Teilhabe am zunehmen- den Wohlstand der Gesellschaft sichern; aber die persönlichen finanziellen Aufwendungen für Gesundheit und Pflege, vor allem seit dem

55

60 vergangenen Jahr, beträchtlich zunahmen. Da diese finanziellen Belastungen in Ost und West gleich sind, nimmt im Osten darüber das Unverständnis zu, dass die gesetzlichen Renten und Pensionen im Osten immer noch niedriger ausfallen.

65 Als Seniorinnen und Senioren wenden wir uns nicht gegen Reformen, wenn diese zu gleichen Teilen alle Bürger unseres Landes betreffen und die Solidarität und Parität bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme erhalten bleibt.

70

Beschlossen am 26. April 2005